

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Provinzialen: H. Reinecke, Dresden, für die Provinz: Rudolf Kadantzi, Halle, für den übrigen Inhalt: Otto Wollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Zeugungspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern monatlich 1,20 Mark, ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigergebühren: Die 7. und 8. Spalten zu 20 Pfennig, Sonntags- u. auswärts 25 Pfennig, im Restamtelteil 30 Pfennig. Bei den Expeditionen: Halle, Große Ulrichstraße 27, Leipzig, Königstr. 5. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 291.

Halle, Montag den 16. Dezember 1918.

2. Jahrgang.

Das Vorspiel zur Reichskonferenz.

Ebert fordert neue Vollmachten.

Die sozialdemokratische Partei hatte in Berlin für Sonntag mittag drei große Versammlungen angesetzt, in denen die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landberg, unterstützt von Reichschulz, Dr. Quast und Hilbrandt über die Sicherung der Revolution sprachen.

Ebert sprach in der Uferhallen und lange vor Beginn der Versammlung abgeleiteter Juchens Ruf. Er bekräftigte sich ausführlich mit der am Montag beginnenden Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatendelegierten. Die Rede fiel in den Revolutionsstadium impulsiv entlassen; über ihre Aufgaben und ihren Wirkungsbereich bekräftigte feinerliche Äußerungen. So mußten in den ersten Wochen Lebensfragen und Vorfälle stattfinden. Unsere wirtschaftliche und politische Situation ist so überaus ernst, daß wir das Lebensstadium schnellstens überwinden müssen, wenn wir nicht untergehen wollen. (Sehr wahr!) Die Reichskonferenz muß feste Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatendelegierten aufstellen.

Die Reichskonferenz muß dafür Sorge tragen, daß wir die Reichsgeschäfte ungehindert führen können, wie die Republik und die Revolution das erfordert. Auch in der sozialistischen Republik braucht die Regierung Freiheit, um Energie einsetzen zu können, damit sie die Geschäfte unter eigener Verantwortung leiten kann. Meine Freunde in der Reichsleitung sind entschlossen, die Reichskonferenz vor entscheidende Fragen zu stellen. Macht man es unmöglich, die Geschäfte so zu führen, wie wir es allein verantworten können, so müssen wir jede weitere Verantwortung ablehnen. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen keine Diktatur, keinen Bolschewismus, aber wir können nicht das fünfte Rad am Wagen sein. Unsere Aufgabe kann sich nicht darin erschöpfen, fortgesetzt die Antriebskräfte zu liefern, die uns von anderer Seite herkommen. Dabei erlaubt unsere Schaffenstätigkeit, daß wir unsere Politik schaffen, wirtschaftliche und soziale Neuarbeit zu tun. Die Reichskonferenz ist uns endlich den Weg frei zu machen. (Stürmischer Beifall.) Eine weitere Aufgabe der Reichskonferenz ist die Schaffung einer realen Macht, welche die Revolution gegen Vorkünder der rechts und links sicherstellt. (Hört, hört!) Die Gefahren von rechts können wir, aber wir fürchten sie nicht; wenn Arbeiter und Soldaten einmütig und geschlossen zusammengehen, werden wir jede ihrer Gefahren spielend bemächtigen. Die Eingabe der deutschen Arbeiterklasse ist und bleibt der Sieg der deutschen Republik. Aber was nicht alle Arbeit, was nicht alle großartigen Programme und Maßnahmen zur Fortführung des Wirtschaftlichen, was nicht die Kraft zur Durchführung fehlt! Auch das sozialistische Staatswesen braucht eine bewiesene Gewalt, die vollkommen in den Händen der Republik und des Volkswillens sein muß. (Beifall Zustimmung.) Wir werden die Schaffung dieser demokratisch sozialistischen Volkswirtschaft zum höchsten Ziel setzen. (Beifall.) Das müssen wir schon tun, um die Nationalversammlung sicherzustellen. Ich behaupte selbst, daß sogar ein preußischer Minister (Sohnmann!) drohende Worte gegen die Nationalversammlung gesprochen hat; ich protestiere auch entschieden dagegen und weiß das mit allem Nachdruck zurück. (Stürmischer Beifall.) Meine Freunde in der Reichsleitung, die ganze sozialdemokratische Partei, stehen einheitlich und geschlossen hinter die Nationalversammlung. (Stürmischer Beifall.) Wir stehen aber fallen mit ihr. (Erneuter Beifall.) Wir dürfen hoffen, daß sie ungehindert geführt wird und ungehindert ihre großen historischen Aufgaben erfüllen kann. (Stürmischer Beifall.) Wir sind entschlossen, jeden Versuch, die Nationalversammlung zu lösen, mit äußerster Mißbilligung entgegenzutreten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Auch dazu brauchen wir die Volkswacht. (Sehr gut!)

Zehntausende von Adressierten aus Arbeiter- und Soldatenkreisen bitten uns, den Wahltermin voranzuführen. Ich habe die Frage rechtlich und gemeinschaftlich nach allen Seiten hin überlegt und abgemessen und die Hebungsgemeinschaft genommen, daß es ohne Unterstützung der Wahl möglich ist, den Wahltermin vier Wochen früher anzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Ich darüber werden wir die Reichskonferenz zur Entscheidung aufrufen. Wir sind überzeugt, daß die Reichskonferenz von demselben Geist erfüllt sein wird, der uns befehle. Wir müssen die Ergebnisse der Revolution sicherstellen, indem wir ihnen möglichst bald eine verfassungsmäßige Grundlage verschaffen, und dadurch auch das wirtschaftliche und finanzielle Leben des Landes sichern. Wir setzen der Entscheidung der deutschen Arbeiter und Soldaten mit vollem Vertrauen entgegen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Gegen wenige, ganz vereinzelte Stimmen sprach sich die Reichskonferenz in dem Sinne Eberts für die Ansetzung der Wahlen auf den 19. Januar aus.

Im Vorjahr rechnete unter stürmischem Beifall Scheidemann mit dem Spartakusklub ab. Die Spazierfahrten Diebstehlen und Hofa Burenburgs mit Kaufmannsneben, die bolschewistischen Schweineereien in Reußland und Mariendorfs zehnten den Abwechslungen im Bürgertum groß. Die deutsche Arbeiterkraft sollte sich nicht von verrückten Leuten malträtieren und am Starrenfeld benutzen. Fast jeder Satz dieser Rede wurde von der Reichskonferenz durch stürmischen Beifall unterbrochen. Scheidemann fühlte dann die Siege der Sozialdemokratie bei den Arbeiterräteversammlungen in Berlin und forderte die Nationalratswahlen am 19. Januar. Genosse Hermann Klose aber sprach dann über den Wechselsatz der deutschen Volkswirtschaft. In der kurzen Aussprache suchte ein Spartakusmann die Volkswirtschaft zu ruinieren,

wurde aber von einem Sozialdemokraten, den die Volkswirtschaft längere Zeit ins Gefängnis gesteckt hatten, gründlich abgelehnt. Die Versammlung schloß mit stürmischem Beifall auf die sozialistische Republik, die deutsche Sozialdemokratie und Philipp Scheidemann.

Im Riesenbiergarten am Zoologischen Garten versuchten die Spartakusleute die Versammlung zu sprengen, wurden aber von der überlegenen Mehrheit bald zur Ruhe gebracht. Nachdem Hilbrandt Brandt betont hatte, daß jeder Volksgenosse arbeiten müsse und daß die gefährlichen Überlebenden den Widerstand der Mehrheit unmöglich machen, warnte sich der Volksbeauftragte Landberg sachlich und ernst gegen die Unabhängigen. Trotz ihrer vielfach recht unfairen Kampfweise werde die Sozialdemokratie den Volkswirtschaft gegen sie streng sachlich stehen und sie vergessen, daß sie mit jenen jahrgelungen Schülern an Schullehrer gestampft habe und daß eine nahe Zukunft nach den Wahlen die Parteien wieder vereinen werde. Landberg kündigte an, daß schon in den nächsten Tagen ein neues Gesetz über die Sicherung der Arbeitsplätze herauskommen werde. Deutschland brauche den Kredit des Auslandes, brauche dazu einen Haushaltsplan, den ein Parlament kontrolliere, brauche also möglichst rasch die Nationalversammlung. Auch diese Versammlung schloß unter begeisterten Beifällen auf die sozialistische Republik.

In der Tat, die sozialdemokratischen Reichsversammlungen sind ein prächtiges Vorspiel zu der heute beginnenden Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatendelegierten. Ebert hat erklärt, daß die sozialdemokratischen Räte die Reichskonferenz vor entscheidende Fragen stellen würden, um den Weg freizumachen zu geschäftlicher Arbeit. Wie wir schon am Sonnabend an dieser Stelle ausgeführt haben, wird die Reichskonferenz nicht nur die Entscheidung über die Wahlen zur Nationalversammlung zu treffen haben, sondern auch die Frage zu beantworten haben, ob die Wahlen schon vor dem 16. Februar stattfinden sollen. Ebert hat sich — und er sprach für die sozialdemokratischen Mitglieder in der Reichskonferenz — für den früheren Termin ausgesprochen. Wie großem nicht, daß die Reichskonferenz mit übermächtiger Mehrheit in diesem Sinne entschieden wird.

Sonntag nachmittag wurde die Reichskonferenz mit einem Begrüßungsabend eingeleitet. Nach den verschiedenen Versöhnungsansprüchen wurde auf einen auf der Warte der Versammlung ausgeprochenen Wunsch Karl Liebknecht sein Pro-

gramm. Er bemerkte sich gegen, daß die Spartakusgruppe nur die Zerstörung des Reiches wolle. Die Spartakisten seien von nichts weiter entfernt als von Bolschewismus. Allen jensei zur Entscheidung bei der einen großen Frage: Nationalversammlung oder Reichstag. Die Revolution ist in schwerer Gefahr, aber nicht von den Spartakisten bedroht. Soweit er als einheimischer deutscher Bürger die Macht dazu habe, frage er, ob der Delegiertenrat sich traut der Macht, die ihn berufen, auftrage, als die exekutive Gewalt, und im Namen Volkswirtschaftliche und durchzuführen, welche notwendig seien, die Revolution zu sichern. Sie selbst müssen morgen mit fester Faust einsteigen, um alle gegenrevolutionären Elemente niederzukämpfen. Das Reichstag eigentlich will, weicht man bis jetzt noch nicht.

Wieder sind über 200 Mandate der Delegierten angefordert worden und es ist deshalb die Bildung einer Randratskommission vorgenommen, in der jede der drei großen Gruppen, Soldaten, Sozialisten und Unabhängige paritätisch beteiligt sein sollen. Die Dauer des Delegiertenkongresses ist vorläufig auf eine Woche festgesetzt.

Ebert über die Lage.

Aus London meldet Habelschloß (Saag): Der Korrespondent des Daily Express hatte in Berlin eine Unterredung mit Ebert. Dieser legte besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß die Entscheidung der politischen Zukunft nicht von der Lebensmittellieferung zu trennen sei. So wenig Aussicht in Deutschland bestünde, daß die Deutschen aus politischen Gründen Bolschewisten werden, so sicher sei es, daß dies möglich wäre aus Mangel an Lebensmitteln. Unlösliche Schwierigkeiten die Sicherung der Lebensmittellieferung nicht von der Regierung ab. Diese große Frage sei im hohen Maße abhängig von der Beschaffenheit unserer Lebensmittel. Nicht allein in politischer Hinsicht, sondern im finanziellen Europa sei es ein großer Unterschied, ob das Zentrum des Bolschewismus in Moskau oder Berlin sitzen würde. Über Deutsche würde es schmerzhaft empfinden, wenn Berlin von der Entente besetzt werde. Ebert glaubt, daß die zeitweilige Unterbindung des Bolschewismus durch die Annahme feindlicher Truppen die Folge hätte, daß die Bewegung dieser um so bestiger ausbreite. Man kann im Augenblick keine politische Organisation in Deutschland aufbauen bringen, ohne den Lebensmittellieferung zu vergrößern. Es handle sich nicht darum, die jetzige Regierung zu beschließen, sondern die deutsche Revolution zu schützen gegen die Angriffe von innen her.

An die Arbeiter!

Die Grundgesetze der sozialistischen Revolution sind in Gefahr, die drohende Katastrophe scheint sich täglich zu vergrößern. Beseitigt nicht, wie wir wissen: Der Krieg hat uns ermüdet, die Niederlage noch nicht, nur noch die Verzweiflung und Ausgehung, unter Vieh abschleppen, unsere Volkswirtschaft hat zusammengebrochen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensarbeiten abgebaut, teilweise ruiniert, die wichtigsten Maschinen fehlen. Drückende Lebensnotwendigkeiten können unsere Bewegungsfreiheit. Angekauert sind die Massen, die der herrschende Feind uns aufbürdet.

Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere ausmangelnde Wirtschaft wieder aufleben, Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und daß, was unweigerlich auf uns zukommt, die Bewältigung aller Kriegenschaufeln der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten, der Sozialismus verlangt Arbeit, er kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit. Wer feiert nicht, soll Untersuchungen bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, verächtlich bis an seinem Rasse und besten sozialistischer Zukunft, läßt den Zusammenbruch herbeiführen, der schließlich auf ihn selbst verfällt.

Arbeiter! Bleibt nicht in der Großstädte zusammengebrannt, wo die Industrie Euch nicht genug Arbeit verschaffen kann, weil es an Rohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht hinreichend gebracht werden können. Geht hinaus auf das Land, in die Städte der Provinz. Die Kräfte, die in Berlin und andern Großstädten drückten, werden Euch dringend gebraucht. Geht in der Reichslandwirtschaft, die werden Euch sagen, wo die lebendige Arbeit findet, die Euch nützt und das Volk retten will. Reiner darf sich darauf verlassen, in dem Orte zu bleiben, in dem er während des Krieges gekommen ist. An der Erneuerung, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Gelingen, die Freiheit und Zukunft unserer sozialistischen Republik.

Arbeiter! Schließt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion, rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Anflutung.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Quast, Scheidemann, Dittmann, Landberg, Barth.

Die Nationalversammlung und die Leipziger Volkszeitung.

Während die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes eine Früherlegung der Nationalratswahlen herbeiführt, weilt die Leipziger Volkszeitung diesen Gedanken noch immer ent-

schieden zurück. Es empfiehlt sich, die neueste Äußerung dieses „Volks“organs festzuhalten:

Die Konferenz wird sich mit der Frage des Termins zu den Nationalratswahlen beschäftigen. Es besteht die Absicht, diesen Termin voranzuziehen. Warum darf diese Absicht, die realistischen wie die politischen Bedenken, die gegen eine Verlegung des Wahltermins sprechen, sind so gravierend, daß sich nur der ihnen verließen kann, der die Revolution zu faktischer Verwirklichung.

Die Stellungnahme der Delegierten, die von Leipzig aus die (Rechts-) Konferenz befehlen, ist klar. Sie wird begünstigt durch den Beschluß der Konferenz der Arbeiter- und Soldatendelegierten der Reichshauptstadt Leipzig, der lautet:

Am 8. Dezember 1918 in Leipzig versammelten Arbeiter- und Soldatendelegierten der Reichshauptstadt Leipzig erließen, daß sie sich, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht ist, gegen die Wahlen zur Nationalversammlung aussprechen. Sie verlangen, daß bis dahin alle Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatendelegierten verbleibe.

In diesem Sinne muß die Entscheidung der Konferenz fallen, wenn die Durchführung des Sozialismus gesichert werden soll.

Die Leipziger Volkszeitung will also nicht nur von einer Verlegung des Wahltermins, sondern auch von den Wahlen überhaupt nichts wissen, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht ist. Was sich die Volkszeitung unter dieser wirtschaftlichen Gleichstellung“ eigentlich denkt, ist ihr Geheimnis. Aber für die Wahl selbst mag sich jeder diese Stellungnahme des Leipziger Volkswirtschaftsorgans einprägen!

Eine neue Halluzination!

Unter der Ueberchrift: „Eine Interoffizieller Konferenz. Konzentration der gegenrevolutionären Kräfte?“ schreibt die Leipziger Volkszeitung:

Wie wir erfahren, ist auf die nächsten Tage nach Leipzig eine Konferenz aller Interoffizieller aus ganz Deutschland einberufen worden. Diese Konferenz hat diese Tagung? Beschäftigen die gegenrevolutionären Elemente in Leipzig eine Herrschaft über die sich ihnen zur Verfügung stehenden Pratorianergarden beschließen?

Von der Regierung muß gefordert werden, daß sie die Konzentration der gegenrevolutionären Kräfte sofort in Berlin und in der Reichshauptstadt zu Stande bringen lassen, um die Reichshauptstadt zu sichern, so muß die Konferenz der Arbeiter- und Soldatendelegierten taten!

Jedes politische Kind weiß, daß es sich für die allfälligen Interoffizieller um die Sicherung ihrer auf Grund der überbrachten Gewalt erworbenen Rechte handelt!

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Groß-Berlin.

In Berlin haben am Sonntag die Sozialdemokraten zur Wahlbereitschaft die Arbeiter- und Soldatenräte festzustellen, und trotz der vielen dunklen Mächte gegen die sozialdemokratischen Listen mit einem stolzen Sieg für uns.

Bei den Arbeiterwahlen waren abgegeben für die sozialdemokratische Liste . . . 349 Stimmen
unabhängige Wähler . . . 70
Bei den Soldatenwahlen waren abgegeben für die sozialdemokratische Liste . . . 204 Stimmen
unabhängige Wähler . . . 121

Die Sozialdemokraten erhielten 7 Delegierte (Rühmann, Wolff, Cohen, Kretsch, Grottel, Rühl, Neuf, Wolke); die Unabhängigen 3 Delegierte (Eichhorn, Rönnowitz, Neumann, Wolf, Kaufmann).
Bei den Soldatenwahlen wurden abgegeben für die sozialdemokratische Liste . . . 204 Stimmen
unabhängige Wähler . . . 121
Demobilisiert 4 Sozialdemokraten (Herber, Bieh, Arnold, Bog) und 2 Unabhängige (Eymann, Loh).

Die Berliner Soleranz gegen Spartakus ist Selbstmord.

In der jüngsten Kollisions der Arbeiter- und Soldatenräte hat das niedergerichtliche Induktivverbot wurde nach dieser schmerzlichen Erfahrung unserer politischen Lage durch den Vorliegenden denselben Schiller einstimmig und beides eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat des niedergerichtlichen Induktivverbot hinter dem niedrigen Arbeiter- und Soldatenrat und die höchsten Treppentruppen leben, erhebt kommenden Protest gegen das ungeheure Verbrechen der Spartakusliste in Berlin, das vom und Schmach zugleich, auf jede Freiheit und Demokratie ist. Der neuen Klassenfront einer von hysterischen irregulären terroristischen Minderheiten hat wieder die höchste Arbeiterschaft im Land überhöhen, noch die Bürgerinnen und Bürger in Berlin gegen die gegen die bisherige System wachen sich zum Vermittlungskampf gegen die Gesellschaft überhaupt, und von Rosa Luxemburg Propaganda für den Bürgerkrieg freit das deutsche Volk noch tiefer in die Verunsicherung und führt das Leid der deutschen Frauen und Mütter herauf. Deshalb müssen sie und ihr Leben nicht mehr als ein Leben werden, es ist für Volk und Freiheit zu sein. Spartakus stellt aus allen Seiten die Fehde ins Land, doch sie mit militärischer Gewalt die deutsche Republik zerlegen und zerstören. Die Revolutionäre Arbeiterbewegung, die selbst aus härteste durch die härteste Gefährdung ist. Die Arbeiterbewegung ist gegen die widerständigen Minderheiten und gegen die Nationalsozialisten, deren Soleranz nicht ist zum Selbstmord zu werden. Was Spartakus treibt, ist der Sozialismus, sondern eine Orgie gramloser Politik und wirtschaftlicher Umwälzung, die das Volk in kürzester Zeit zur Anarchie und hinterher unter die neue Herrschaft des Kapitalismus führen wird. Der Selbstmord in Berlin ist gegen die Freiheit. Wir müssen jedoch als möglich eine getragene demokratische, die Nationalsozialisten, haben, deren in Berlin ein demokratischer Wahltag der 16. Februar ist immer mehr als notwendig herausgestellt. Attentate auf die Nationalsozialisten, wie sie Hoffmann kürzlich antwortete, sind Verbrechen gegen die Demokratie und müssen schon jetzt mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, oder die letzte Regierungsgewalt wird mit uns allen zugrunde gehen! Der Rat der Volksbeauftragten, der Nationalsozialisten, der Arbeiter- und Soldatenräte und sich dann an die Spitze des vernünftigen Deutschlands, das Berlin der revolutionären Parteien wenden. Erst dann und nur dann wird der Sieg der sozialen Demokratie gesichert sein.

Sozialismus und Volkswille.

Es ist abgesehenes Attentat wurde soeben begangen: Herr Jaures, der große Redner, der der französische Exilant Clara Zetkin, wurde in seiner Weise ermordet. Im Namen der ganzen Republik entbinde ich mein Haupt vor der Wahr der sozialistischen Republikaner, der für so edle Ziele gekämpft hat. Der Reichsminister ist verhaftet; er wird der Strafe nicht entgehen. Möchten alle Bürger Vertrauen in das Volk haben! Geben wir alle in dieser schweren Gefahr ein Beispiel der Selbstlosigkeit und der Einigkeit!

Es ist man's am 1. August 1914 an allen Anhängern des Sozialismus, als Aufruf des französischen Ministerpräsidenten Ribot, die einhundert Jahre seit dem Wechselmorde an Jaures über die flutende Welt gezogen, und noch immer ist ein Rächer nicht befriedet. Aber vielleicht ist es gut so, daß man den Namen des besten aller Menschen nicht einmal von fernher mit dem Begriff der Gede aufzunehmen kann. Dem Menschen dieses großen Taten steht nur eine Ehrung, die durch das Fortleben und Fortwirken seiner Gedanken.

Gelesen hat R. Beer im Verlag für Sozialwissenschaft eine sorgfältige Lebensbeschreibung des großen Volkstribunen veröffentlicht, die durch umfangreiche Zitate aus seinen Schriften und seinen ergänt mit dem großen Redner, der die großen Freundschaften Jaures, als ja Freude er heute über unsere demokratische Bewegung großen sozialen Handlungen, die man Revolutionen nennt, können nicht oder können nicht mehr das Werk einer Minderheit sein. Eine revolutionäre Minderheit, die sie noch so flug und noch so energiegel, zeigt nicht aus, wenigstens nicht in der modernen Gesellschaft, um die Revolution durchzuführen. Sie befehrt die Mittel des Verbreiters der Wahrheit - der ungeheuren Mehrheit. Die Gründe für diese Tatsache sind Jaures überzeugend auseinander. Es gibt keine passive und träge Masse mehr. Selbst Kleinbürger und Kleinrentner sind im Einklang aktiv, und selbst ihr passiver Widerstand würde hindern, um die Revolution auszuführen und zu führen. Die Bourgeoisie ist eine lange eingeschlossene Klasse, sondern lässig, kühn und weislich und habe früher von geradezu napoleonischer Triebkraft. Soldaten Gegner wurde die Arbeiterklasse die Macht entziehen. Außerdem ist die sozialistische Umwälzung viel schwerer durchzuführen als irgendeine Reform des Kapitalismus. Sie kann nicht bloß werden, sondern muß aufbauen.

Wenn die sozialistische Organisation nicht instand wäre, den Bestand eines neuen sozialen Systems zu garantieren, dann würde die Gesellschaft in einen Abgrund des Elends und der Inordnung führen, und die Revolution wäre in einem Tage beendet. Aber dieses neue soziale System kann nicht von einer Minderheit inspiriert und geschaffen werden. Es kann nicht von einer Minderheit durch den großen Redner der Arbeiter, Man soll doch den neuen und großartigen Charakter der sozialistischen Revolution nicht verpassen. Sie wird für alle durchgeführt werden. Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte wird ein großer sozialer Wandel nicht die Erziehung einer Klasse durch eine andere, sondern die Abschaffung aller Klassenverhältnisse, die Befreiung der ganzen Menschheit zum Gegenstand haben. In der sozialistischen Ordnung wird nicht die Herrschaft einer Klasse über die andere die Disziplin und das Zusammenwirken der Kräfte garantieren, sondern der freie Wille der bereinigten Genossen. Die Kunde ein System, das die freie Mitwirkung aller voraussetzt, gegen den Willen der Arbeiter erreicht werden! Alle diese Forderungen oder Forderungen die sozialistische Revolution bezwecken befähigen, in ungläubigen Sätzen und Reibungen sozial Energie aufzuheben, daß das System zusammenbrechen müßte. Es kann nur durch den allgemeinen und beinahe einmütigen Willen geschehen. Das es für alle bestimmt ist, muß es von allen vorbereitet und von fast allen, praktisch geradezu von allen geleitet werden. Denn es kommt eine Stunde, wo die Kraft einer

ungeheuren Mehrheit den letzten Widerstand entmutigt. Daß, wenn der Adel des Sozialismus darstellt, ist dieses, daß er seine Herrschaft der Mehrheit sein wird. Er kann und darf daher nicht durch eine Minderheit abgelehnt werden.

Deshalb erhebt Jaures im allgemeinen Wahlsieg ein politisches Verbot der modernen Gesellschaft, daß es sich auch die Revolution nicht hingeeigen kann und darf. Deshalb predigt er das unüberwindliche Festhalten des Sozialismus in allen Tagen an den Grundrissen der Demokratie.

Nach jeder dieser Worte eines prophetischen Geistes liegen sich aus dem Mund von Jaures anführen; die wiedergegebenen Worte mögen genügen. Die Hauptidee ist, daß das deutsche Proletariat in diese entscheidungsschweren Stunde die Wahrheit des großen Franzosen hört und ihnen getreu eifrig demokratisch handelt.

Der Wahlausbruch der bürgerlichen Demokratie.

Die Deutsche demokratische Partei hat am Sonntag ihren Wahlausbruch verkündet, und das Berliner Tageblatt sagt von diesem Wahlsieg mit einer wohl begründeten Ironie, daß zwischen diesem Wahlausbruch und den früheren Wahlausbrüchen der bürgerlichen Linksparteien kaum noch eine Familienähnlichkeit besteht. In der Tat hat die demokratische Partei aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm, sowie überhört, als nur irgend entlehnt werden konnte, ohne ihren wichtigsten Programmpunkt zu gefährden: die Aufrechterhaltung des Privatigentums. Aber selbst bei diesem muß sie die Einführung machen, daß die Frage der Sozialisierung rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden ist, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Diese Frage ist insofern nicht nur praktisch für den Einzelfall, sondern auch grundsätzlich zu entscheiden. Strebt man danach, durch sozialistische Organisation der Erzeugung den Produktionsanteil der breiten Massen zu vergrößern oder legt man sich das Willensziel entgegen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu erhalten und nur soweit zu sozialisieren, als eben unter dem Druck der Volkswirtschaft unumvermeidlich ist. Und so ist unsere Auffassung, daß der Krieg nicht nur den Kampf des alten bürgerlichen Herrschaftssystems, sondern auch den der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erwiehen hat. Die politischen Kräfte sind entscheidend und im wesentlichen erledigt. Die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratie stehen sich gegenüber als zwei Vertreter der verschiedenen Wirtschaftssysteme, kapitalistisches Privatigentum und sozialistische Gemeinwirtschaft.

An meine Kampfes- und Klassen-Genossinnen!

Das gemächliche Recht, um welches wir Sozialistinnen vergeblich einen jahrelangen Kampf geführt haben, ist nun durch die Revolution zuteil geworden. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, das aktive Wahlrecht und die passive Wahlbarkeit besitzt jetzt in Deutschland auch die weibliche, arbeitende Bevölkerung. Eine höhere Verantwortung ist mit diesem wichtigen hehren Recht in eure Hand gegeben. Zum erstenmal werdet ihr aufgerufen werden, die Nationalratswahlen vollziehen zu helfen. Ihr werdet damit entweder über das Geschick des deutschen Volkes den Stab brechen, oder es empfortführen helfen zu Freiheit und Glück.

Eure Stimmabgabe wird zeigen, ob der Geist des Sozialismus in Euch lebendig ist und Ihr damit Euch als reif erweist zu freien Bürgerinnen der freien sozialistischen Republik.

Lue eine jede, was in ihren Kräften steht, um Gleichgültigkeit aufzuklären und Weisheitslehre herauszugeben, damit eine hoffentlich rasch herbeiführenden Nationalratswahlen der Sozialdemokratie einen überaus glänzenden Sieg bringen. Dittlie Paader-Dietrich.

Militärische Amnestie.

Der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 8. Dez. 1918 über die Begnadigung von Straftätern und Strafverbüßung hat sich nunmehr die Verordnung über militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918 angeschlossen. Diese Personen, die, wenn auch 7. Dezember 1918, dem aktiven Heere, der aktiven Marine oder den Schutztruppen angehört und in einem Dienst- oder Vertragsverhältnis zu dem freigehenden Heere gelangen haben, angeordnet, daß diese Personen gegen die Verurteilung nicht mehr vorgelassen, soweit sie Verbrechen und Vergehen lehren mit einer Ausnahme, sowie gewisse Verbrechen betreffen und soweit diese Straftaten vor dem Inkrafttreten der Verordnung am 12. Dezember 1918 begangen sind.

Des weiteren werden alle vor dem gleichen Zeitpunkt begangenen und noch nicht vollstrafte Verbrechen und militärisch gerichtlichen Strafen mit der Ausnahme, die jedoch ausschließlich der militärischen Ehrenstrafen, erlassen, sofern die Eingetragten die Gesamtstrafe nicht höher ist als ein Jahr Gefängnis. Nur bei Strafen wegen Fahnenflucht, Freizeits und Zwitterhandlungen gegen die militärische Unterordnungspflicht werden auch über diese Straftatbestände hinaus Strafen erlassen, jedoch bei Fahnenflucht und Freizeits nur unter der Bedingung, daß der Verurteilte sich drei Jahre bewährt, bei Fahnenflucht auch bei einer militärischen Dienststelle sich innerhalb einer gewissen Frist bewährt. Der beherrschte Straftatbestand greift ferner Maß, wenn nur noch ein Strafrest von höchstens einem Jahre zu verbüßen ist. Bei höherem Strafrest teil der Straftaten nur ein wenn die Gesamtstrafe gerechtfertigt ist, daß der Verurteilte die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen wird. Diese Verordnung gilt für das Reich, insofern bleiben günstige Bestimmungen einzelstaatlicher Amnestien in Kraft.

Die Befugnisse der A.- u. S.-Räte.

Mit den Befugnissen der Arbeiter- und Soldatenräte beschäftigt sich anlässlich der Einführung des Wahlbundesgesetzes in den Reichsausschuss die Kommission der Reichsversammlung unter der Leitung des Reichsausschusses. Dieser Erlaß, der im Übereinstimmung mit dem Staatsrecht der Reichsversammlung ergangen ist, lautet wörtlich: 1. Bei den Betrieben, die der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit bringenden Beschäftigten dienen, soll eine Unterordnung der Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltung der Betriebe herbeigeführt werden. Der Aufsichtsrat soll daher in diesen Betrieben erst zur Einführung gelangen, wenn die hierzu nötige Zahl von Arbeitern beschafft ist. 2. Für die Einführung des Wahlbundesgesetzes ist als Termin der 1. Januar 1919 festgesetzt. Bis dahin müssen sich die Betriebe aus der Aufsichtsratsverwaltung einrichten, bei der die Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltung der Betriebe einbezogen werden. Es empfiehlt sich, auch mit den örtlichen Demobilisationskommissionen diesbezüglich in Verbindung zu treten. 3. Da durch die Demobilisation freigesetzte Arbeitskräfte frei werden, so ist zu erwarten, daß genügend Arbeiter rechtzeitig zu erhalten sind; sollte dies trotz aller Bemühungen nicht gelingen, so müssen die Betriebe rechtzeitig bei ihren Landesbehörden (Gewerbe-

inspektion) oder beim örtlichen Demobilisationskommissar für die Demobilisierung von Zuschlägen eine vorläufige werden. Es ist bei dem Grundloß festzustellen, daß auch die bei der Vollstreckung und Vollstreckung einmündigen Betriebe eine Ausnahmestellung nur da und nur für die Zeit erhalten können, wo die Vollstreckung gefährdet erscheint und der Arbeitsbedarf an Arbeitskräften sich nicht decken läßt. Auf die bei der Demobilisierung von Zuschlägen vom 20. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 188) folgende für die Einführung von Zuschlägen nicht ausgeschlossen. Die Betriebe sollen sich über diese Fragen nicht mit den Arbeitern und Soldatenräten, sondern mit den zuständigen gewerblichen Erwerbsämtern und mit den örtlichen Arbeitern auseinanderzusetzen, wo die Arbeiter- und Soldatenräte Arbeitgeber stellen, ist unerlässlich die Mitwirkung der genannten Organisationen nachzuführen.

Die Reichsregierung hat sich mit diesen Grundrissen, die den Demobilisationsämtern bei ihren Arbeitgebern und den Gewerkschaften vom 15. November aufzulegen, durch Schreiben vom 11. Dezember an den Staatssekretär des Reichsministeriums amtes ausdrücklich einverstanden erklärt.

Die Militären lehnen die Anerkennung der Soldatenräte ab.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kreuznach hat in einer Anfrage, ob für die vom Heere besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise- und Rückkehrmöglichkeiten der Soldaten gewährleistet wird, die von der Berliner Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember einsehend werden sollen. Diese Frage wurde von der deutschen Waffenstillstandskommission pflichtgemäß an die Oberste Heeresleitung der Militären weitergegeben. Marshall Koch hat darauf die folgende Antwort erteilt: „Die Militären müssen erkennen die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an.“

Der Präsident von Portugal ermordet.

Lissabon, 15. Dezember. Der Präsident der Republik ist ermordet worden.

Polen bricht die diplomatischen Beziehungen ab.

Warschau, 15. Dezember. Heute vormittag überreichte der Botschafter der polnischen Botschaft dem Ministerium des Auswärtigen Dr. Ruzer in der Begleitung des Sekretärs für deutsche Angelegenheiten Rajewski Dr. Ruzer ein Schreiben an den deutschen Reichsausschuss, in dem er unter Hinweis auf die Zustände bei Opatow von den deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begangen und gemeinsam mit den Bolschewisten vorgenommen, die polnische Regierung die Verletzung ausbrüht, daß mehrere Verhandlungen mit der deutschen Regierung am 10. Januar die letzte Ordnung in Polen sowie für die künftigen gegenseitigen Beziehungen gesichert wären. Aus diesem Grunde hat die polnische Regierung sich genötigt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen und ersucht den deutschen Vertreter, unverzüglich vom Personal der Botschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Ruzer erklärt, er werde in der nächsten Richtung die Grenzen des Staates verlassen.

Protest gegen die tschechischen Einbrüche in Deutsch-Böhmen.

Die Wiener Korrespondenz der deutsch-österreichischen Nationalregierung teilt mit: Der Staatsrat hat heute über die fortwährenden Einbrüche in das Gebiet von Deutschböhmen beraten und auf Antrag des Reichsausschusses die Besetzung des Gebietes durch die tschechischen Einbrüche eine Justiz zu richten, worin die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den Sudetenländern durch Übernahme einer Selbstverwaltung unter Leitung neutraler Kommissionen und gegebenenfalls in Anwesenheit von neutralen Truppen angeordnet wird. Der Staatsrat hat es abgelehnt, gegen die tschechischen Truppen Besetzung des Gebietes und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu verhängen. Er erwartet, daß die tschechischen Besätze der tschech-josephischen Kriegsarmee im Lager der Entente selbst Verteilung finden werden.

Die englischen Wahlen.

London, 15. Dezember. Das Parlament, das am 25. November 1917 aufgestellt wurde, war im Dezember 1918 am 23. November. Die Liberalen blieben an der Regierung, aber ihre Mehrheit war so schwach, daß sie oft in Minderheiten von den Konservativen gestiegen. Am 2. August 1914, als vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien, befürworteten die konservativen Führer die Regierung, sich Rußland und Frankreich anzuschließen. Seit Kriegsausbruch hätte überhaupt keine Opposition auf. Als im Juni 1918 die Kriegsgeschehnisse groß wurden, hätte die Regierung auf sich einig sein müssen, die konservativen Führer zu unterstützen, was eine Koalitionregierung, die aber noch den liberalen Führer Lloyd George zum Ministerpräsidenten hätte. Die Mitarbeit der konservativen hätte jedoch nach und nach den Erfolg, daß die Liberalen vollständig diszipliniert wurden: im Dezember 1918 wurden Lloyd George, Asquith und Balfour beiseite gelassen, um Asquith als Premierminister zu ernennen, die sich erhielt dafür das bindende Versprechen, daß für eine Vertretung auf dem Friedenskongress gewählt werden würde.

Im Februar 1918 erhielt das englische Volk das allgemeine Wahlrecht, das aber gegen früher einen sehr erheblichen Fortschritt bedeutete, aber dennoch einen pluralistischen Charakter trägt. Jeder Kandidat muß nämlich eine Anzahl von 100 Pfund Sterling (8000 R.) hinterlegen, die verfallen, wenn die auf ihn bereitete Stimmzahl nicht mehr als ein Viertel der abgegebenen Stimmen beträgt. Die Arbeiterpartei, die etwa 80 Kandidaten aufstellte, war demgemäß über eine Million Raten hinterlegen, ehe sie in den Wahlkampf eintreten kann. Besonders groß trifft die Wahlregel die Unabhängigen Arbeiterpartei (U. S. P.), die 50 Kandidaten aufstellen wollte. Die Times vom 8. November hatte ihre besondere Freude, als sie vernahm, daß die U. S. P. große Schwierigkeiten hat, die nötige Geldsumme zusammenzubringen. Auf eine Mill. Pfund mehr hätte für diejenigen beteten, die Wohnungen in den besetzten Distrikten haben.

Die Arbeiterpartei hatte an den Wahlen langentzweit sich auf die Arbeiter und Soldaten zu beschränken. Von ihrem Erfolg und Misserfolg, von ihrer Größe oder Schwäche hängt die Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen England und Deutschland ab. Denn weder von der Partei Lloyd George noch von der Arbeiterpartei haben die Deutschen etwas Gutes zu erwarten. Die wenigen Unabhängigen, die für eine mehr oder weniger unabhängige Partei kandidieren, haben keinen irgendwichtigen Gewicht in die Waagschale werfen zu können. Soziale die Stimme, eines Messingam, Kretsch, Monopoly ist, so wenig praktische Bedeutung hat dies inmitten der Orgien, die Gegenwart und Wahdage ist in England feiern. Es bleibt also nur die tschechische Arbeiterpartei, die zwar einen starken Prospekt nationaler Elemente in sich schließt, aber doch ein kleines Programm gebunden ist, das ein internationaler Charakter des sieben gebundenen Wante.

Die Ausführenden der Arbeiterpartei und Friedensfreunde sind nicht besonders glänzend. Lloyd George mit dem Nimbus des Sieges und die Arbeiterpartei mit dem Nimbus der Freiheit, seine Wange sind im Grunde ein und dasselbe. Seine Wange haben keinen anderen Zweck als die niederen Instanzen der Waffen aufzufüllen und Anstalten zu machen. Die Arbeiter und die Friedensfreunde werden sich glücklicherweise, in einer Stunde von etwa 100 bis 120 Millionen in ein neues Parlament einzutreten, also etwa nur ein Zehntel der Bevölkerung des Staates zu bilden.

Schuppeneimpfung.

Die Herren Ärzte, die in diesem Jahre in dieser Stadt Schuppeneimpfungen vorgenommen haben, werden erlucht, ihre Privatimpfungen möglichst umgehend, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember dieses Jahres der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 4 (Zimmer 18) einzureichen.

Wiederimpfungen erwünschter, nicht mehr schulpflichtiger Personen müssen in besondere Listen aufgenommen werden.

Halle, den 26. November 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Professor Dr. med. Sowade

Facharzt für Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden hat seine Praxis in Halle a. S., Kronprinzenstraße 30, wieder aufgenommen.
Sprechzeit: Wochentags 12-1 und 3-5 Uhr.
Fernruf 2770. [1792]

Aus dem Heeresdienst entlassen

habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Rechtsanwalt Dr. Albert Müller

Rathausstr. 10, I. Fernspr. 6317. [1819]

Kochkisten-Verkauf

wochentags von 10 bis 12 Uhr

Rathausstraße 17 I.

Hauswirtschaftliche Beratungsstelle des Halle'schen Frauenbundes.

Das Stopfen der Kochkisten wird unentgeltlich gezeigt.

Große Ulrichstr. 50

I. Obergeschoß. [1800]

Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.

Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Spielwaren und Puppen

in großer Auswahl. [1828]

Preiswerte Geschenk-Artikel.

Burghardt & Becher.

Halle a. d. S., Leipziger Straße 19.

Schultornister,

Gelegenheitskauf, sehr billig.

S. H. Schönbach, Schmeerstraße 1. [1829]



Lauten, Gitarren, Mandolinen u. Geigen, Zithern und Harmonikas eignen sich besonders als Weihnachtsgeschenk. **Gust. Uhlig**

Halle 1726
Untere Leipziger Str.

Kleider- und Kostümstoffe

in Wolle, Seide, Samt- und Sehterstoff Große Auswahl o. Vorteilhafte Preise [507]

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Preiswerte Weihnachtsgeschenke in überraschender Auswahl.

- Warme Wintermäntel
Stotte, moderne Formen 188.- 140.- 115.- 97.50 79.50
- Mantel-Kleid
die große Mode 225.- 195.- 185.- 165.00
- Astrachan-Mäntel
teils mit Gürtel, teils lose Formen 200.- 235.- 225.- 125.00
- Sammet-Jacken 205.- 240.- 198.00
- Kostüm-Röcke nur neueste Formen, haltbare Stoffe 95.50 82.- 68.- 55.- 54.50 46.50 21.00

M. Schneider

Inh.: Johannes Hagenow

Halle a. d. S. Leipziger Straße 94. [1830]

Wahlpost der Frauen.

Vorurteile gegen das Wahlrecht der Frau.

Die Männer sollen die Frauen freudig als gleichberechtigt begrüßen. Nicht bloß weil ihre Hilfe mit über den Wahlsieg entscheidet (von 40 000 000 Wahlberechtigten gehören 21 000 000 dem weiblichen Geschlecht an), sondern weil die Demokratie, die heutige Staatsform, auch das Wahlrecht der Frauen fordert.

1. Man wendet ein: Die allgemeine Wahlrecht trifft nur den Mann. Gerade aber der Weltkrieg hat gezeigt, daß wir ohne Hilfe der Frauen nicht hätten vier Jahre durchhalten können; weder im Erwerbsleben, wo die Frau an Stelle des Mannes vielfach arbeitete, noch als es sich darum handelte, die Familie durch die Teuerung hindurchzubringen.
2. Wenigstens schädigt der andere Einwand durch: Durch die politische Tätigkeit der Frau werde der Zusammenhalt der Familie erschüttert. Diese Gefahr besteht nur, wo die Lebensgemeinschaft nicht mehr vorhanden ist.

Diebe Einwände gegen das Frauenwahlrecht halten nicht stand.

Frauen! Lernt wählen!

Wahlpost-Serie I. Karte 2.

Erdarbeiter

für Abraumbetrieb

finden dauernde Beschäftigung.

Elektrowerk A.-G.

Grube Golpa. Post Zschornowitz, Bezirk Halle. Bahnstation Burgkennitz.

Schilder

Jeder Art [1752]
Erich Haack, Fischerplan 1.

Neu neu ecke Möbel aller Art

Rüben, Schlafzimmer-Einrichtungen, Kuchenschränke, Schreibtische, Sofas, Matrassen (große Auswahl) empfindlich, sehr schön und billig. **Alfred Pfautsch, Stempelstraße, 1. Etage, 2. 7.**

Halle Neu!
Halle Neu!

HIPPODROM

Direktion: GEORG ARNDT.

„Wintergarten“ ERÖFFNUNG

Sonntabend

21.

Erstklassiges Pferdematerial
Herrliche Dekoration. Eigene Musikkapellen.

Treff-Punkt

aller Sportliebhaber. [1840]

Die deutsche Revolution

Des Volkes Sieg und Zukunft von
Erich Ruttner
Redakteur des Vorwärts
Preis 25 Pf.

Vorrätig in der Buchhandlung der Volkstimme

Aus dem Felde zurückgekehrt, führe ich

Stimmungen

und Reparaturen von Pianos und Flügeln wieder selbst aus. Bestellungen erbittet
Herrn Lüders [1751]
Mittelstraße 9-10
Beste Pianohandlung am Platz

Wahlleiter gesucht.

Parteiangehörige mit längerer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung wird für Halle und den Saalkreis als Leiter der Wahl für die Nationalversammlung gesucht. Nebenbei Befähigung erwünscht. Eintritt sofort. Dauernde Stellung als Parteisekretär in Aussicht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung bis 15. Dezember zu richten an den

Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis.
Ad. Thiele, Bernhardtstraße 68.

Redakteur

für Lokales und Provinz zum sofortigen Eintritt für die Halle'sche Volkstimme gesucht. Bewerbungen sind zu richten an

Hermann Garbe, Halle, Harz 42/44.

Mehrere Genossen

zur Leitung der Wahl für die Nationalversammlung, für einige Kreise im Regierungsbezirk Merseburg gesucht. Die Genossen müssen bis zum Schluß der Wahl völlig zur Verfügung stehen. Nebenbei Befähigung erwünscht, aber nicht Bedingung. Meldungen bis zum 26. Dezember beim Unterzeichneten.

Sozialdemokratisches Bezirkssekretariat Halle a. d. S. Drescher, Harz 42-44.

Privatschule

für Malen u. gewerbj. Zeichnen für Damen u. Herren. [1808]

Ausbildung für technischen Bureaudienst. Nächster Kursus beginnt am 8. Januar 1919. Anmeldungen täglich Steinweg 17, III.

Preiswerte Mützen

für Herren und Knaben
Schüler- u. Soldatenmützen [1471]
in großer Auswahl

Kaufhaus H. Elkan
Leipziger Str. 87

Stempel

aller Art, [1830]
Bestellte, fertigen aus, liefert schnell und billig
Alfred Pfautsch, Stempelstraße, 1. Etage, 2. 7.

werden, das gelehrt nur auf Betreiben der Gegenrevolutionäre, die es verhindern möchten, das das Volk darüber richtig aufgeklärt wird. Dennoch ist jetzt der wirksame Führer in Deutschland. — In der Debatte stellte zunächst Kamerad Gruner fest, daß der Soldatenrat sich aus den Vertrauensmännern der einzelnen Regimenter zusammensetzt. Ein Truppendeil mit dem Soldatenrat nicht aufzukommen, habe ich aber seitdem in anderen Vertrauensmännern zu wählen. Argend eine Winkerverbote nicht auf das Recht, zu verlangen, daß es nach ihrem Kopfe gehe. Was die Mehrheit wolle, gelehrt, Winkerverbote müsse sich fügen.

Geselle F. Heile führte aus, selbstverständlich müsse das Volk die Augen offen halten gegenüber den Gefahren einer Gegenrevolution von bürgerlicher Seite. Denn so naiv sei doch niemand, zu glauben, alle Junker und Kapitalisten hätten sich mit der Revolution und deren Erfolgen ausgelebt. Solange, jedoch das Volk zur Republik habe, sei deren Verführung völlig ausgeschlossen. Gerade die Tatsache, daß alle von militärischer Seite bisher unternommenen Versuche, die Revolution zu durchkreuzen, schnell und zeitlos gescheitert sind, gibt die Gewissheit, daß es in Zukunft erst recht unmöglich sein werde, einen wirksamen Gegenstoß gegen die neue Bewegung zu führen. Ganz anders seien die fortgesetzten Versuche der Sozialisten zu bewerten, die Dinge nicht zu ruhiger Einwirkung kommen zu lassen. Diese Artikler seien reaktionär, wenn sie sich auch noch so revolutionär geredet. Wenn Gruner, der doch selbst unabhängiger ist, zu Siebentz gesagt habe, seine Politik umiere Bewußtstand und folge es in Eile und Siebentz habe erachtet: Dasselbe sei nicht zu tun, als grubere Gefahr für die Revolution als eine der Radikalschaften vor sich zu haben. Die Unabhängigen trügen auf beiden Seiten; sie hielten es mehr mit Sozialismus als mit der Sozialdemokratie. Bei den Wählen hät sie in Zusammenhang mit uns abgesehen. Es würde deshalb eine sozialdemokratische und eine unabhängige Liste geben; jeder Wähler müsse sich für eine der Listen entscheiden. Was die Unterwerfung anlangt, die Hildebrandts beschleunigt wisse wolle, so sei doch darauf hinzuweisen, daß in der Vorbereitungscommission die drei Unabhängigen Kausch, Duffing und Gd. Bernstein sitzen. Wenn diese jetzt erklärt haben, so jonell gebe eben die Sozialisierung nicht, warum nicht die Hildebrandts gegen die Sozialdemokratie vorzugehen? Auch der Schneider ist als Unabhängiger in die Debatte ein und vertrat Hildebrandts Standpunkt. — Der vorliegende Doppelzettel sei vollständig in die Zeitung der Versammlung, das Handelt bei der weiteren Führung betraut wurde. Die Versammlung beschloß noch, nächsten Dienstag im Volkspark eine weitere Versammlung abzuhalten, in der nach Antrag des Genossen G. im nur Soldatenangelegenheiten erörtert werden sollen.

In einer Versammlung der Unteroffiziere sprach auf ihr beiderseitigen Verlangen Genosse F. Heile über die Ziele der Sozialdemokratie. Der Vorleser betonte in seiner einleitenden Rede, daß die meisten dieser Kameraden sich bisher nur mit dem Recht befaßt haben, die Revolution zu durchkreuzen, die gegenwertige Regierung zu unterwerfen und die Erfolge der Revolution hochzulieben. In der Hand des Erzurur Volksgenossen entwickelte dann Gen. Heile die Ziele der Sozialdemokratie, nachdem er den Unterschied gezogen hatte zwischen dem frühsten Sozialismus und den heutigen Sozialdemokraten und der Demokratie, wie sie durch die Revolution geschaffen worden ist. Die Kustfahrungen fanden sehr lebhaften Beifall. In der freien Aussprache wurde mit Entschiedenheit hervorgehoben, daß die Vereinigung der Unteroffiziere die Politik der Unabhängigen und der Sozialisten ablehne, da diese Politik nicht mehr zum Zweck der Revolution führen kann. Kamerad F. Heile, Vorsitzender der Ortsgruppe, würde bei der Rede sehr lebhaft und gab seine Erlebnisse in Berlin zum besten, die allerdings begründeten, warum vernünftig und nächsten Denkmale mit den Unabhängigen und der Siebentzgruppe nicht zu tun haben mögen. Im Anschluß an den Vortrag wurden die Forderungen der Unteroffiziere besprochen, die vor allem in der Anerkennung ihrer erworbenen Rechte auf Weiterführung gipfeln. Die Unabhängigen des Zustandes hinneigen, daß es jetzt der Fall ist, ein Unteroffizier außer freier Station 48 M. monatlich bekommt, während ein von ihm im Bureau als Schreibhilfe beschäftigter Soldat, dem gleichfalls freie Station gewährt wird, 150 M. mehr monatlich bekommt. Die Kameraden verlangten die Versammlung um Anfang Januar eine weitere Folge.

Der Soldatenrat stellte sich mit Unter Bezugnahme auf die vor einigen Tagen erlassene Notiz, Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen" und bezüglich des letzten Abjehes folgende Ergänzung bekanntgegeben:

„Entsprechend dem bereits veröffentlichten Befehl des General-Kommandos der IV. A. R. betreffend die Ausgabung der Kriegsgefangenen wird dieser Genes ab 16. d. M. auch den hier befindlichen köstlichen Kriegsgefangenen ustlich werden mit der Einführung jedoch, daß der Ausgabung nach 6 Uhr abends zweis Besuch von Theatern, Kinos und dergl. wie bisher, nur in Begleitung einer mit einem Passagierchein versehenen deutschen Militärperson haltfinden darf.

Der Soldatenrat: Gruner, Beisitzer.

Die Eisenbahndirektion schreibt aus:

Der Große Arbeiterrat hat sich in der Sitzung vom 12. d. M. wieder mit den angehängten Unregelmäßigkeiten bei der Lebensmittelverteilung für das Eisenbahnpersonal befafst. Folgendes zur Aufklärung: 1. Herr Stadtrat Rilian hat die Behauptung urteilt, daß der Wohnungsamt Waffens Speid befreitgefordert habe. Er gibt an, bei der Auslosung 20 Pfund Speid zu erhalten. In der Sitzung vom 12. d. M. wurde ihm wieder 20 Pfund Speid geteilt worden. Herr Stadtrat Rilian ist wieder falsch unrichtig. Die amtliche Urkunde des Polizeiwachmanns Decker über das Ergebnis der Hausdurchsuchung ist in unseren Händen. Demnach ist kein Speid gefunden worden. Die Sache ist also vollständig. Man kann sie allerdings verwirren, wenn man Speid als Waffens Speid befreitgefordert hat, was dem, was er auf dem Lager der ihm im verordneten Listen in ordnungsmäßiger amtlicher Vernehmung hatte, durchzudenberbringt. Einem solchen Versuch schieben wir hiermit von vornherein einen Riegel vor.

Die bei Waffens im Hause gefundenen Lebensmittel können aus Eisenbahnbefehls nicht herrufen, da er Gründen oder Funktion nichts amtlich zu verleiern habe. Wir erwarten, daß dem in der Öffentlichkeit ustlich (insbesondere zu Unrecht angegriffenen) Beamten die verdiente Genugthuung nach mehr länger vorerhalten wird unter dem Vorwand, daß die Unterordnung nicht abgeschlossen ist. — Es wäre sehr erwünscht, wenn sich Herr Stadtrat Rilian in haftigen Fällen möchte sorgfältig unterlassen lassen wollte, bevor er in der Öffentlichkeit Behauptungen tut, welche die Ehre eines amtlichen Beamten von maßvoller Berogenheit angreifen. Wer auf Grund dieser Behauptungen beim Eisenbahnpersonal Achtung und Vertrauen zu den Vorgesetzten untergräbt, hilft Unordnung und ussetzt Desorganisations.

Herr Stadtrat Rilian hat behauptet, der Lebensmittelverteilung der Eisenbahndirektion habe eine Kommission des K. und E.-Rates dem Einbild in die Wähler galt verweigert. Herr Rilian ist falsch unrichtig. Zum Beweis folgende Urkunde:

Berchardts Halle, den 14. 12. 1918.

„Bei den Verhandlungen der Kommission des K. und E.-Rates halle mit der Eisenbahndirektion am 5. 12. 1918 wurde ich als Zeuge zugezogen.

Ich habe fest gesehen, wie der Lebensmittelverteilung des K. und E.-Rates in die Wähler der Lebensmittelverteilung Einbild genommen hat.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Walter Wilms, Bogenstreiber."

3. Nach einer Behauptung des Herrn Stadtrat Rilian ergehen die Eisenbahnen in Guts bei dem Einzelnen des K. und E.-Rates bei 20-40 Pfund Brot zum lästig 80-100 Pfund. Herr Rilian ist auch hier wieder falsch unrichtig. Wir denken gar nicht an eine solche heile Behauptung. Denn das Personal war vor der Einführung des K. und E.-Rates mit der Suppe dürftig zu werden. Der Verbrauch der Wähler wird nachdem mehr gedeckert werden, als dies der Personalvermehrung entspricht.

4. Herr Stadtrat Rilian hält alle seine Angriffe gegen die Verm...

Genossen! Werbt Mitglieder für die Partei!

prägen aufrecht. Werd? Wir bitten, sie sich doch endlich genau zu prägen und zwar mochstlich schriftlich, statt mündlich durch Fernhennig. Was bleibt das verlogene umfangreiche Material über die angelegten Wähler? Warum hält man damit hintern Her? Verlegt die Material das Licht der Öffentlichkeit nicht? Wir warten.

Zu den ungeschaffenen Behandlungen der Eisenbahnpersonal ausbeleh Hilfe Wer die von A. und E. Rat verlegte Beschuldigungshandlung behellen wir uns vor, besonders zuzufammen.

Leberangewandtschaft im Falle des Baugewerks. Zwischen dem Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Halle a. S. und Umgeb. und den östlichen Beisitzern des Bauarbeiter- und Zimmerer-Verbandes sind loosen neue Abmachungen für die Zeit der Leberangewandtschaft vereinbart worden und ist Kraft getreten. Demnach wird die bisher 9 1/2stundige Arbeitszeit in die achttundige umgedrengt. Es erlaft nunmehr in der Stadt Halle J. B. ein Maurer pro Stunde 1.47 M., und ein Bauhilfsarbeiter 1.36 M. Wo weniger als 8 Stunden gearbeitet wird, findet eine Umrechnung nicht einmal statt. Die Arbeiter haben nun 8 1/2 Stunden gearbeitet, so erlaft der Maurer nur 6.147 M. ausgezahlt. Bei der Entlohnung wird nur die bisherige der Bauhilfsarbeiter geleistet. Arbeitszeit vergährt, nicht auf einmal Zeit für den Weg. Bemerkenswert ist folgender Zusatz, den schriftlich der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes, Baumeister Pfeiffer, hat made:

„Die Arbeiter sind gehalten, in der achttundigen Arbeitszeit daselbst zu leisten, wie in der 9 1/2stundigen Arbeitszeit. Die Verringerung der Arbeitszeit soll eine Steigerung der Leistung nach vorhersehbarer Wohnge bedeuten."

Es ist allerdings auch von den Arbeitern oft gefordert worden, daß eine Verringerung der Arbeitszeit nur nicht an eine Ermagerung der Lohnen, sondern an eine Erhöhung der Löhnen, an eine Erhöhung der Arbeitsleistung verknüpft werden soll. Es ist allerdings auch von den Arbeitern oft gefordert worden, daß eine Verringerung der Arbeitszeit nur nicht an eine Ermagerung der Lohnen, sondern an eine Erhöhung der Löhnen, an eine Erhöhung der Arbeitsleistung verknüpft werden soll.

Opusculum. Im großen Saale des Wintergartens, Magdeburger Str. 10, 12. Dezember unter der Leitung des Herrn Georg Rindt, eines modernsten grostartigen Apparaten. Der Saal des Wintergartens, der zu Friedenszeiten oft so froh bewegte Menschen hat, ist ganz neu renoviert, und vollständig in einem grosthaftigen modernen Ziergarten umgebaut. Der Direktor, Herr Georg Rindt, eine in der Werbebranche weit bekannte Persönlichkeit, hat sich seine Wähle gekauft, um in Halle ein Zentrum für die Arbeiter zu schaffen, wo Grund und Stein durch den Reichspost für einige vergnügliche Stunden der angenehmen Unterhaltung zu gönnen werden. (Siehe Inserat in der heutiger Nummer.)

Einigkeit.

Im Anschluß an den Bericht über die Raumburger Soldatenversammlung unterteilen wir uns, mehrere Arbeiter und Soldaten, über die Frage, ob es demokratisch ist, einem Redner das Wort zu entziehen, wie es jene Versammlung gegenüber dem Unabhängigen Streikfuß aus Zeit gelan hat. Einige wollten anfangs die Frage verneinen. Man wolle nicht ruhig bis zum Schluß abwarten, sondern man solle schon frühzeitig die Entscheidung fällen lassen und nicht erst am Ende der Sitzung. Wir haben uns jedoch nicht entschieden, daß das Wort nicht unbedingt richtig ist. Wenn alle anständig und sachlich wären, müsse ihnen natürlich volle Redezeit gewährt werden. Wenn jemand dagegen fortgesetzt durch Unanständigkeit oder persönliche Anfeindungen der Versammlung die Zeit vergeht, oder wenn gar die Annahme der Redner, die er möchte, die Versammlung zu unterbrechen und das Recht der Abwehr haben, und sie sich ihrem Willen Geltung verschaffen dürften. In der Demokratie soll allenfalls der Redebeholden entscheiden. In Versammlungen herrscht dieser Grundsatz nicht unbedingt, sondern nur dann, wenn die Redner sich nicht anständig verhalten. Einem Redner nur wegen seiner abweichenden Ansichten das Wort zu entziehen, wäre undemokratisch. Dafür wird sich, aber noch auch eine Mehrheit finden. Aber fortgesetzte Unanständigkeit und boshafter Wille lassen auch nicht das demokratische Recht der freien Aussprache mitbrachen und dadurch die Versammlung bergewaltigen dürften.

Es wäre erwünscht, wenn auch andere Genossen sich zu dieser Frage äußerten, damit Klärung eintritt und eine einheitliche praktische Handhabung herbeigeführt wird. Dr. Gd. in R.

Theater. Sehenswürdigkeiten usw.

Stadtheater. Montag „Die Rufe von Stambul", Dienstag Die verurteilte Glocke", Mittwoch „Die vorfruhliche Jungfrau", Donnerstag „Die weiße Dame", Freitag „Cosi fan tutti", Sonnabendabend in neuer Einführung „Ueber unsere Kraft", (1. Teil), Schauspiel vom Hofmann. Am Mittwoch und Sonnabend nachmittag wird das Weidnachtsmarchen „Schneewittchen" wiederholt.

Aus der Provinz.

Leis. Lebensmittelverteilung. In der Zeit vom 16. bis 23. Dezember gelangen zur Verteilung: Auf Lebensmittelmarkt 23: 75 Gramm Graubrot, 75 Pf., am Freitag, dem 20. Dezember, hat, mo die Ware bestellt ist, ferner als Weidnachts-Unterzettelung: Auf Lebensmittelmarkt 22: 200 Gramm Waffelspeid, 40 Pf., und auf Zucker-Zubehör: 250 Gramm Zucker, 25 Pf.; beides am Montag, dem 23. Dezember in fast allen Beisitzern. Die Lebensmittelmarkt 228 sind dem Wähler bis Freitag, 16. Dezember, abends, vorzuliegen. Die Waffelspeid werden demselben am Dienstag, 17. Dezember, von 9 bis 10 Uhr, vornehmlich in den am weitesten gelegenen Beisitzern.

— **Werbefest.** Wir geben bei Schmidt und Philipp Waffelspeid freizubehalten. Preis: Sentner 23.50 M. Bezugsfrist erfolgt ausnahmsweise bei Schmidt und Philipp.

Silberros. 26 Hahner geflogen. In der Nacht vom 10. zum 11. Dezember wurden dem Freizeitspeler Pfeiffer durch Einbruch 26 Hahner geflogen.

Domwahler. Nachdem in der Nacht vom vorigen Sonntag Einbruch in den Domwahler im Wähler der Zogener Str. 10, ein Betrag abgehohlet haben, bei dem die demgegenwertigen Beisitzern und 5 leute Kaminchen erbeuteten, sind in der Nacht zum Mittwoch wieder zwei Einbrüche verri. Mittels Einbrecher drangen die Diebe in die Beisitzerrume der hiesigen Hofhofsverwaltung ein und stiehlen eine eingehende Durchsuchung haftlicher Kästen und Behälter ab. Da sie von den vorerwähnten Sachen keine rechte Bekehrung madgen konnten, Ged aber nicht vorfinden, nahmen sie nur einen Behälter mit dem im Spatlerum hing. Mehr Erfolg hatten die Einbrecher in der Wähler des Kaffeehaus. Aus einem Kasten haben sie zwei Paß Butter (250 Pfund), die am anderen Tage mit der Bahn verandt werden sollten, und deren ein jedes ein Gewicht von 150 Pfund hat, zum ferner einwahler und damit des Beisitz geflohen. Nach den amtlichen Ermittlungen kommen mitbewegte zum fruhliche Personen in Betracht, die mit den Gespinnnen im Betriebe genau vertraut sein müssen, die zur Ermittlung der Diebe sehr der Eigentümer eine Belohnung von 200 M. aussetzt.

Waffelspeid. Die Wähler. Einem von hier nach Rumberg verpackten Waffelspeid wurde hier aufgegeben. Pfeiffer, der die Waffelspeid erbeutete, und ein demselben Beisitzergewandtheit sowie einige andere Sachen im Gesamtwerte von 900 M. geflogen. — Eine

bei einem hiesigen Institut beschäftigte Frau unterlag dort Wähler. Sie hat die Unterbringung eingeliefert, um den Kaffeehaus wurde am 4. d. M. abends eine Kiste mit Lebensmittel, hiesigen Stoff mit ein Gef Geflo und seinem Kaffeehaus geflogen. — In der Nacht zum 7. d. M. wurden einem Arbeiter der Feldbau Str. 10, ein unter ungeschlossenen Kasten der Gassen im Werte von 90 M. geflogen. — Einer hier nachgehenden Wähler wurde am 6. d. M. abends in einem hiesigen Beisitz eine Beisitz mit einem Lebensmittel und anderen Sachen geflogen. — Aus einem hiesigen Kasten wurden in der Nacht zum 8. d. M. mittels Nachschlusses beschäftigte Gegenstände im Werte von 600 M. geflogen. — Am 5. d. M. wurden einem hiesigen Speidwahler zwei Waffelspeid im Werte von 200 M. auf dem hiesigen Waffelspeid geflogen. Ein Waffelspeid-Beisitzer, der Kaffeehaushalter aus einem Waffelspeidspargel hier ausgelegt wurde, wurden aus einem Koffer Beisitzergewandtheit von hiesigen Wert erbeutet.

Bekanntmachung.

Bei den Militärbehörden gehen immer noch zahlreiche Gesuche ein auf Entlassung von Streifenangehörigen der Geburtsjahrgänge 1896 bis 1898. Es wird deshalb erneut folgende Verlegung des Kriegsmilitar, rums vom 15. 11. 1918 Nr. 177/11. G. 1 bekannntgegeben:

„Von jedem Entlassung sind von vornherein ausgenommen die Geburtsjahrgänge 1898 und 1899, sowie vorläufig 1897 und 1898, welche letzteren beiden Jahrgänge erst auf besonderen Befehl entlassen werden."

Zug der Verlegung und die Werte der Geburtsjahrgänge 1898 bis 1899 zum Dienstverpflichtung. Als Entlassung kommt nur in beiderseitigen Ausnahmefällen in Frage. Als solche können z. B. gelten Fälle, in denen der Gesogebete einziger Ernährer hiesiger Familien, erwerbsunfahiger Eltern, einziger und unerheblicher Stuhler für wirtschaftlichen Erhaltung eines Weibes, einer Förderung oder eines Gewerbes ist.

Alle Anträge sind von Soldaten auf dem Dienstwege, von Zivilpersonen durch die Ortsbehörden vorzuliegen.

Von Seiten des General-Kommandos.

Der Chef des Gen.-Stabes: von dem Major, Oberstleutnant. Der Gesundheitsrat IV. A. R. B. d.

Bekanntmachung.

Verkauf der Warenanfangen von unbekannt Personen, besonders von Soldaten.

Es besteht begründeter Verdacht, daß Kaufleute, Gastwirte und Gewerbetreibende gegenwertig Lebensmittel von Soldaten, welche die Waren in Empfang genommen haben, kaufen, kaufen, erwerben, ohne sich eine Rechnung oder Quittung von dem Verkäufer ausstellen zu lassen oder sich über dessen Verlor zu vergewissern.

Da es sich dabei meistens um beschlagnahmte, beschlagnahmte oder den Waffelspeid unterliegende Waren handelt, deren rechtswahler Erwerb seitens der Verkäufer nur dann als gesetzlich ist, wenn sie liegen bei berechtigten Beisitzern in der Regel Vergehen gegen die unerbahrt und im vollen Umfange wider beiderseitigen Kriegsgesetze oder sonstige strafrechtliche Bestimmungen vor. —

In diesem Zusammenhang wird erneut auf die Bekannntmachung zur Verhaltung unzulasslicher Verlor von Handel vom 23. September 1915 hingewiesen, welche im Handel mit Gegenständen des astlichen Bedarfs herangezogen und letzten Grades auf das Geschlagtes unzulasslicher Verlor jurisdiktionstandigen Missetande, insbesondere die übermäßige Preissteigerung bestraft.

Die Käfer solcher, von Verkauern erworbenen Waren sind aber auch als strafbare Kaffeehaus im Sinne der Bundesgesetzgebung zu betrachten, wenn sie sich ein uberrussiges und die Ware verteuern. Dies in dem Verteilungsprojekte der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher darstellen.

Dabei ergeht wiederholte die nachdrückliche Mahnung an alle Geschlagter, wähler:

Keine Ware von Personen zu erwerben, deren Namen und Wohnung nicht kennt,

und keine Waren zu kaufen, ohne sich eine Rechnung und Quittung vom Verkäufer durber ausstellen zu lassen, ganz allgemein aber uberrussig den Anlauf von Waren zu unterlassen, durch deren Vertrieb sich im Besonderen die Bekannntmachung der Waren und in diesem Falle noch durch die Gefahr aus, seinen Kaufkraft auf den unbekannt Person nehmen zu können.

Halle, den 16. Dezember 1918.

Preisverlegungsstelle für den Stadtrat.

Bekanntmachung.

Von der Abteilung 5 des Hofriedhofes, in der in der Zeit von 1897 bis 1900 Erdkastene und Rinder im Alter von über 5 Jahren beerdigt worden sind, kommen die Grabraumer 1-25 der 1897 und 1898 Verstorbenen in Kürze zur Wiederbelegung.

Die Wiederbelegung von Reibungsabern für eine weitere Ruheperiode kann gemäß § 16 der Friedhofordnung vom 12. Februar 1912 gefordert werden.

Anträge auf unter genauer Angabe des Namens und Todesortes der Verstorbenen sowie der Nummer und Reihe der Gräber bis zum 31. Dezember 1918 schriftlich bei uns oder mündlich in der Kaffeehaus des Hofriedhofes zu stellen. Spatler eingehende Anträge können unter Umständen keine Belegung finden.

Halle, den 10. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter dem Verbebestande des Stadtgutes Gemlich hier ist die Kaube abzugeben.

Halle, den 13. Dezember 1918. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Verkaufszeiten auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt werden im Einzelvertrieb mit dem Waffelspeid an den Wochentagen auf die Zeit von 9 1/2 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, am 24. Dezember bis 7 Uhr nachmittags und an den Sonntagen am 15. und 22. Dezember von 1-8 Uhr nachmittags beschränkt.

Halle, den 13. Dezember 1918. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Es werden noch weitere Verlegungen auf dem Waffelspeid (Bunzelbrot) von unserer Futtermittelstelle, Dresdenstr. 4, Zimmer 20, angenommen. Die Inhaber von Beisitzgefahren, die Futterzuber auf den Beisitzgefahren bisher nicht erhalten haben, müssen ihren Bedarf nochmals anmelden.

Der Preis stellt sich auf haft. Grobmarkt für den Sentner zur Zeit auf 30 M., bei Wähler in Mengen von 5 Sentnern ab und auf 4 M. bei Abgabe in Mengen unter 5 Sentnern.

Halle, den 11. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Vollendung der bereits für den vergangenen Sonntag angelegten Umbauarbeiten im Pumpwerk Nimmendorfer mächt am Sonntag, den 16. 12. 18 abends die Abgabe unflutierten Wassers in das Versorgungsgebiet der hiesigen Waffelspeid notwendig.

Es empfiehlt sich, an diesem Tage den Wasserverbrauch mochst einzuschränken und das Wasser, soweit es nicht bereits am Sonntag entnommen werden kann, nur in abgehohten Zustand zu entnehmen.

Bei geringen Erträgen des Wassers wird gedeckert werden. Halle, den 13. Dezember 1918. Die Verwaltung des städt. Gas- und Wasserwerks.